



## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein, AfD

und

## Antwort

**der Landesregierung** – Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

### Gefahren durch Munition in Nord- und Ostsee II

Auf die Kleine Anfrage 19/546 zur „derzeitigen Gefahrenlage durch Kampfstoffe in Bezug auf Flora und Fauna in Nord- und Ostsee“ antwortet die Landesregierung: „Demnach ist derzeit nicht erkennbar, dass eine großräumige Gefährdung der marinen Umwelt über den lokalen Bereich der munitionsbelasteten Flächen hinaus vorhanden oder zukünftig zu erwarten ist.“ Dieses - nicht als solches deklarierte - Zitat entstammt einem Sachstandsbericht vom 5.12.2011 (s. [https://www.schleswig-holstein.de/DE/UXO/Berichte/PDF/Berichte/aa\\_btmp\\_langbericht.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/UXO/Berichte/PDF/Berichte/aa_btmp_langbericht.html), S. 17).

#### Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Antwort der Landesregierung auf Frage 1 der Drucksache 19/546 bezog sich ausschließlich auf die Belastung des Küstenmeeres mit chemischen Kampfstoffen, nicht auf konventionelle Munition. Chemische Kampfstoffe werden wie folgt definiert: „*Als chemische Kampfstoffe werden nach militärischer Definition chemische Substanzen bezeichnet, die in gasförmigem, flüssigem oder festem Zustand wegen ihrer toxischen Wirkung gegen Menschen, Tiere oder Pflanzen für Kriegszwecke oder militärischen Einsatz verwendet werden können und die Kampfkraft des Gegners durch vorübergehende, dauerhaft wirkende oder tödliche Vergiftung schwächen sollen.*“ (vgl. Sachstandsbericht Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer - Bestandsaufnahme und Empfehlungen vom 5.12.2011, [https://www.schleswig-holstein.de/DE/UXO/Berichte/PDF/Berichte/aa\\_btmp\\_langbericht.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/UXO/Berichte/PDF/Berichte/aa_btmp_langbericht.html), S. 151)

Im Übrigen wird auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 4 dieser Drucksache verwiesen.

1. Hatte die Landesregierung vor Mai 2018 Kenntnis über die inzwischen deutschlandweit in den Medien thematisierten, auf eine Studie des Geomar-Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung Kiel und des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums rekurrierenden Probleme der „fortschreitenden Durchrostung der Metallhülsen“ von Altmunition?

Ja, die Bezugsstudie wurde im April 2018 veröffentlicht. Erstellt wurde sie im Rahmen des Verbundprojektes UDEMM (<https://udemmm.geomar.de>). Der Expertenkreis Munition im Meer des Bund/Länder-Ausschusses Nord- und Ostsee (BLANO) begleitet diese wissenschaftliche Arbeit.

Die Studie befasst sich jedoch nicht mit Kampfstoffen, sondern mit sprengstofftypischen Verbindungen aus konventionellen Waffen.

2. Hält die Landesregierung es vor diesem Hintergrund für angemessen, die derzeitige Gefahrenlage in Folge von Altmunition, d.h. das Problem der „fortschreitenden Durchrostung der Metallhülsen“ sowie die Gefahr der TNT-Belastung von Miesmuscheln (<http://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Forscher-finden-TNT-in-Ostsee-Muscheln>, 08.05.2018) und anderen Meerestieren mit einer Studie aus dem Jahr 2011 zu bewerten?

Nein. Der Bezug zu chemischen Kampfstoffen wurde bereits erläutert. Im Übrigen wird auf die Antwort der Landesregierung zu Frage 4 verwiesen.

3. Sind der Landesregierung die Aussagen des Umweltexperten Dr. Stefan Nehring (s. z.B. Stephan Nehring: Gefahr erkannt! – Gefahr gebannt?, in: Waterkant Nr. 4/2011, S. 23-25) bekannt, der auf die mangelhafte Erfassung von „munitionsverseuchten Gebieten“, aber auch auf weitere Mängel in dem rezierten Bericht „Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer - Bestandsaufnahme und Empfehlungen“ hingewiesen hat?

Ja.

Falls ja: Welche Schlußfolgerungen hat sie daraus gezogen?

Seit 2009 arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit den anderen Küstenbundesländern und dem Bund kontinuierlich an der Aufarbeitung des Lagebildes zur Belastung der Meere mit alter Munition. Es werden historische Unterlagen ausgewertet und ein „Munitionskataster See“ aufgebaut. Seit 2013 werden alle bekannten Informationen zu Ereignissen mit Fundmunition in und an deutschen Meeresgewässern durch eine Zentrale Meldestelle in Cuxhaven gesammelt und einheitlich durch das Unterwasserdatenzentrum der Deutschen Marine in einem geografischen Informationssystem gespeichert. Die für die Kampfmittelräumung zuständigen Stellen der Küstenbundesländer erhalten für ihre Arbeit von dort regelmäßig fortgeschriebene Daten.

Der oben zitierte Bericht „Munitionsbelastung der deutschen Meeresgewässer – Bestandsaufnahme und Empfehlungen (Jahr 2011)“ wurde am 5. Dezember

2011 unter [www.munition-im-meer.de](http://www.munition-im-meer.de) veröffentlicht. Er ist als „lebendes Dokument“ angelegt und wird seitdem jährlich fortgeschrieben.

4. Hält die Landesregierung ihre Einschätzung aufrecht, wonach es „derzeit nicht erkennbar ist, dass eine großräumige Gefährdung ... der munitionsbelasteten Flächen hinaus vorhanden oder zukünftig zu erwarten ist“?

In Bezug auf chemische Kampfstoffe: Ja.

In Bezug auf Inhaltsstoffe konventioneller Waffen werden die Ergebnisse des Projektes UDEMM ausgewertet werden, auf die die genannte Studie zurückgeht. Moderne Methoden zur Bewertung werden derzeit im EU-Projekt DAIMON (<http://www.daimonproject.com>) entwickelt, das die Landesregierung ebenfalls begleitet.

Der BLANO wird diese Informationen beraten und seine Bewertung ggf. anpassen.